





Parlamentswahlen in Montenegro 30. August 2020

Sebastian Schäffer, IDM

Seit 30 Jahren regiert die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) den kleinen Adriastaat, prägende Figur ist dabei Milo Đukanović, der mit wenigen Ausnahmen fast durchgehend als Ministerpräsident oder Präsident (so auch wieder aktuell) amtiert. Zwar konnten einige Fortschritte im Hinblick auf die euroatlantische Integration gemacht werden (NATO-Beitritt 2017, Eröffnung aller EU-Beitrittskapitel 2020), allerdings ist das Land zunehmend gespalten und Korruption sowie Klientelismus dominieren das Regierungshandeln.

Während der letzten Parlamentswahlen 2016 kam es angeblich zu einem Coup-Versuch. Dukanović sollte demnach ermordet und einer prorussischen Regierung (mit Hilfe des Kremls) zum Wahlsieg verholfen werden. Im Mai 2019 wurden zwei Oppositionspolitiker in diesem Zusammenhang zu je fünf Jahren Haft verurteilt. Weitere Haftstrafen gegen einen montenegrinischen Staatsbürger, neun Serben sowie zwei Russen wurden zum Teil in Abwesenheit verhängt. Moskau weist die Anschuldigungen zurück. Die Opposition warf der DPS eine Inszenierung vor, um an der Macht zu bleiben. Im Nachgang wurden deshalb für einige Zeit die Parlamentssitzungen boykottiert. Aufgrund dessen sind auch einige notwendige Reformen nicht umgesetzt worden, allen voran im Wahlrecht. Zudem hat die Generalanwaltschaft, der Verfassungsgerichtshof und die Antikorruptionsbehörde keine/n DirektorIn bzw. PräsidentIn. Die Beziehungen Podgoricas zu seinen Nachbarstaaten wird damit weiter auf die Probe gestellt. Aber auch Russland und China drängen direkt und indirekt – insbesondere durch Infrastrukturinvestitionen – auf politischen Einfluss.

Im Dezember 2019 wurde ein neues Gesetz über die "Religionsfreiheit und den gesetzlichen Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften" verabschiedet, das zu weitreichenden Demonstrationen im Land geführt hatte. Hier ist vorgesehen, dass Kirchen den Besitzstatus von Gebäuden und Immobilien, die vor 1920 datieren, klären müssen. Damit wird insbesondere die dominierende serbisch-orthodoxe Kirche gegenüber der neuen, von der orthodoxen Weltkirchengemeinschaft jedoch nicht anerkannten, montenegrinisch-orthodoxen Kirche schlechter gestellt. Die Regierung hatte Mitte Mai einen Bischof und acht Priester mit der Begründung verhaftet, gegen das damals aufgrund der Coronapandemie geltende Versammlungsverbot zu verstoßen. Zwar hat Premierminister Duško Marković angekündigt, das umstrittene Gesetz zunächst nicht umzusetzen, dennoch werden die Demonstrationen fortgesetzt.

Dominanz der DPS

Angeblicher Coup-Versuch 2016

Neues Religionsgesetz

> 73,41% Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen 2016

11
Parteien/Listen stellen sich
2020 zur Wahl

81
Abgeordnete werden gewählt

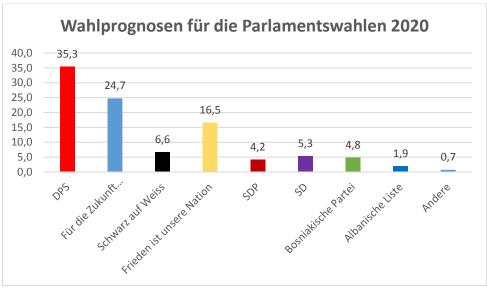




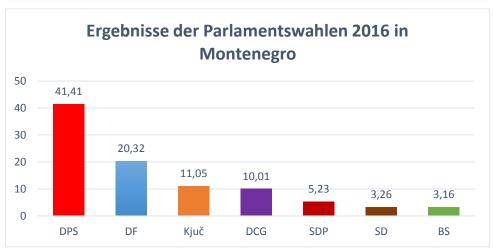


Diaspora als entscheidender Faktor?

Die politische Landschaft Montenegros ist zerrissen zwischen dem Regierungslager, der DPS, die für sich schon quasi ein dauerhaftes Anrecht auf Führung des Landes in Anspruch nimmt und der stark heterogenen sowie zersplitterten Opposition. Eine Vermittlung zwischen beiden Gruppen scheiterte unlängst. Freie und faire Wahlen nach EU-Standards scheinen, auch aufgrund der gescheiterten Wahlrechtsreform, nicht ausreichend gewährleistet zu sein. Eine entscheidende Rolle für den Wahlausgang könnte insbesondere die albanische Diaspora spielen. Bei den Lokalwahlen in der neugegründeten, albanisch dominierten Gemeinde Tuzi im März 2019 war dies bereits der Fall.



Ergebnisse 2016 und Prognosen 2020



COVID-19 und WahlbeteiliMit steigenden COVID-19 Fallzahlen sinkt auch die Anzahl der BürgerInnen, die an den Wahlen teilnehmen können, da sich diese in Quarantäne begeben müssen - es gibt in Montenegro keine Möglichkeit zur Briefwahl. Verbunden mit der weitreichenden politischen Apathie in der Bevölkerung ist der Ausblick auf die Wahlen eher von Pessimismus geprägt. Hinzu kommt, dass investigative JournalistInnen die Existenz von sogenannten "Phantom-Wählerlisten" aufgedeckt haben – in manchen







Stärkeres Engagement der EU notwendig Orten waren mehr Personen mit Wahlberechtigung registriert als es EinwohnerInnen gibt. Die DPS, der bereits mehrfach Wahlbetrug vorgeworfen worden ist, was auch zur ablehnenden Haltung der Oppositionsparteien im Hinblick auf die Ausrichtung der kommenden Wahlen beiträgt, sieht sich wiederum dem begründeten Verdacht ausgesetzt, ein weiteres Mal den Urnengang zu ihren Gunsten manipulieren zu wollen. Die EU wird sich damit auseinandersetzen müssen, da in der momentanen Situation eine Erfüllung der Kopenhagener Kriterien nicht gegeben ist. Zwar wird unter anderem vom Europäischen Parlament zurecht darauf hingewiesen, dass man an einem Dialog aller Parteien interessiert ist und nicht nur auf Einladung der Opposition in innerstaatliche Angelegenheiten eingreifen möchte. Allerdings ist es zu bequem sich auf den, zumindest vorgeblichen, pro-europäischen Kurs der DPS zu verlassen, ohne die strukturellen Probleme im Land zu thematisieren und die notwendigen Reformen einzufordern. Das steht nicht im Widerspruch zu einem dringend benötigten, ehrlichen Engagement seitens Brüssels. Schließlich ist Montenegro nun bereits seit einer Dekade Beitrittskandidat.

Partei ¹	Spitzenkandidat	Politische Ausrichtung (Assoziierung EP)
Sozialdemokraten	Ivan Brajović	Mitte-links
Bosniakische Partei	Rafet Husović	Minderheitenpartei (EVP)
Kroatische Bürgerinitiative	Adrijan Vuksanović	Minderheitenpartei
Sozialdemokratische Partei Montenegros	Doc. Dr. Draginja Vuksanović Stanković	Mitte-links (S&D)
Kroatische Reformpartei	Radovan Marić	Minderheitenpartei
Schwarz auf Weiß (Liste)	Dr. Dritan Abazović	Mitte
Albanische Koalition	Fatmir Gjeka	Minderheitenpartei
Demokratische Partei der Sozialisten – Milo Đukanović	Duško Marković	Sozialdemokratisch, populistisch, Catch-all (S&D)
Für die Zukunft Montenegros (Liste)	Prof. Dr. Zdravko Krivokapić	Mitte-rechts
Albanische Liste	Genci Nimanbegu, Nik Gjeloshaj	Minderheitenpartei
Frieden ist unsere Nation (Liste)	Aleksa Bečić, Miodrag Lekić	Catch-all

 1 Minderheitenparteien, für welche die 3%-Hürde nicht angewandt wird, sind in kursiver Schrift angeführt.